



Ständige Vertretung  
der Bundesrepublik Deutschland bei der OSZE  
Wien

Erklärung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland,  
beim 1382. Ständigen Rat der OSZE zum Tagesordnungspunkt 2  
“Moscow Mechanism invoked by 45 OSCE participating States following  
consultation with Ukraine “

Wien, 14. Juli 2022

Herr Vorsitzender,

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die EU sowie Albanien haben in ihren heutigen Statements zum Moskauer Mechanismus jeweils auch in Namen Deutschlands gesprochen.

Erlauben Sie mir Im Namen der Bundesregierung Folgendes zu ergänzen:

Deutschland dankt den Expertinnen Frau Bílková, Frau Guercio und Frau Sancin für Ihren substantiierten Bericht, den sie in sehr kurzer Zeit und unter schwierigen Bedingungen erstellt haben.

Danken möchten wir auch allen Ukrainerinnen und Ukrainern, die durch Schilderungen ihrer schrecklichen Erlebnisse in diesem Krieg zu dem Bericht beitragen haben. Unser Dank gilt schließlich all denen, die Beweise sichern und sie für diesen Bericht zur Verfügung gestellt haben.

Herr Vorsitzender,

der umfangreiche, ausgewogene neue Bericht bekräftigt die Schlussfolgerungen der ersten Expertenmission aus dem Frühjahr dieses Jahres. Er zeigt klar auf, dass es Russland ist, das verantwortlich ist für die zunehmende Verschlechterung der Menschenrechtslage aufgrund des ungerechtfertigten und völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Und der Bericht zeigt neue, äußerst besorgniserregende Entwicklungen auf:

Die Expertinnen konstatieren in ihrem Bericht deutliche Muster schwerwiegender Verletzungen des humanitären Völkerrechts durch gezielte Angriffe auf zivile Objekte, durch unterschiedslose Angriffe in dicht besiedelten Gebieten u.a. mit Streumunition und durch flächendeckende Bombardierungen durch das russische Militär. Die Ereignisse in den von den Expertinnen besuchten Orten Butscha und Irpin qualifiziert der Bericht als Kriegsverbrechen.

Russland hat internationale Menschenrechte massiv und extensiv verletzt. Dies betrifft grundlegende Bürgerrechte und politische Rechte, das Recht auf Leben und das Folterverbot, Recht auf Freiheit, Sicherheit, ein faires Verfahren und Meinungsfreiheit.

Es gibt Fälle gezielter Tötung von Zivilisten, darunter Journalisten, Menschenrechtsverteidiger und Bürgermeister, umfangreiche Deportationen von ukrainischen Zivilisten – darunter zahlreiche Kinder- nach Russland. Es gibt Berichte über Misshandlungen und Folter von Zivilisten und Kriegsgefangenen.

Es gibt erschütternde Berichte zu Vergewaltigungen und sexuellem Missbrauch von Frauen und Mädchen, aber auch Männern und Jungen, durch russische Militärangehörige insbes. in den neu besetzten Gebieten. Auch Kinder werden auf vielerlei Arten direkt und indirekt zu Opfern dieses grausamen Kriegs.

Die Expertinnen haben zudem auf zwei neue alarmierende Phänomene aufmerksam gemacht: die Etablierung sog. „Filtrationslager“ und die Versuche Russlands, internationale Verpflichtungen zu umgehen, indem gefangengenommene Personen an die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk übergeben werden. Dort werden sie in erniedrigender oder unmenschlicher Weise behandelt, gefoltert oder gar zum Tode verurteilt.

Anrede,

Neben der staatlichen Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts können auch einzelne Täter für Verbrechen im Zusammenhang mit diesen Rechtsverletzungen, etwa für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen individuell belangt werden.

Die Bundesregierung wird zusammen mit der Ukraine und unseren internationalen Partnern alles daransetzen, dass die in der Ukraine im Zuge des völkerrechtswidrigen Russischen Angriffskriegs begangenen Verbrechen schonungslos aufgeklärt und die Täter identifiziert werden, damit sie vor nationalen und internationalen Gerichten zur Verantwortung gezogen werden. Wir werden auch ODIHR in seinen Bemühungen der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen weiter unterstützen.

Der Moskauer Mechanismus ist ein Instrument, das eine unvoreingenommene und sachliche Grundlage für den weiteren Dialog und weitere Maßnahmen bietet. Der Moskauer Mechanismus wurde von allen Teilnehmerstaaten im Konsens und in gutem Glauben geschaffen, um unsere gemeinsamen Verpflichtungen in der menschlichen Dimension zu erfüllen.

Herr Vorsitzender,

Das humanitäre Völkerrecht gilt für alle Staaten und alle Staaten müssen die geltenden internationalen Menschenrechtsverpflichtungen achten.

Und Russland hätte diesen Krieg von vornherein gar nicht führen dürfen.

Dieser Krieg Russlands ist und bleibt völkerrechtswidrig. Er ist und bleibt ein Angriffskrieg. Er ist ein Krieg, der nicht nur für sich genommen eklatant völkerrechtswidrig ist sondern darüber hinaus auch noch von russischer Seite brutal und menschenverachtend geführt wird.

Russland muss diesen Krieg umgehend beenden und seine Truppen vom gesamten Ukrainischen Territorium zurückziehen.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.